Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

59 (31.1.1846)

Visual Library

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 59 u. 60.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1845/46. [31. Januar.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Einundzwanzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer

vom 29. Januar 1846.

(Schluß.)

Zittel. Es ist mir eine Erklärung zugekommen, um davon den geeigneten Gebrauch zu machen, der nach meinem Dafürhalten nur darin bestehen kann, daß ich den Inhalt der Kammer mittheile. Sie ist von fünf Bürgermeistern aus dem Amtsbezirke Borberg unterzeichnet; sie heißen: Heckmann in Unterschüpf, Holler in Oberschüpf, Wabel in Langenried, Apfel in Sachsenflur, Bierig in Dainbach.

Der Inhalt der Erklärung ist folgender:

„Am 16. dieses erschien bei den Bürgermeistern und Wahlmännern des Amtsbezirks Borberg eine Bote aus dem Orte Gommersdorf, Amts Krautheim, mit einem an den Deputirten der zwei genannten Amtsbezirke, Herrn Steuerdirektor Seltzam gerichteten Schreiben, worin dieser gebeten wird, bei der zweiten hohen Kammer anzuzeigen, daß die Stimmung diesseitiger Gegend der Zittel'schen Motion für Glaubensfreiheit durchaus entgegen sei, und daß man deren Annahme für ein wahres Unglück ansehe, indem daraus nur blutige Religionskriege und erhöhte Abgaben ꝛc. hervorgehen könnten. — Als Verfasser des Operats wurde von dem Unterschriften sammelnden Boten der katholische Dekan Ludwig in Gommersdorf bezeichnet, in welchem Orte auch der Bürgermeister zuerst unterzeichnet ist. Manche Bürgermeister und Wahlmänner verweigerten die Unterschrift, andere, die mit dem Geiste und der Tendenz der fraglichen Motion nicht bekannt sind, unterzeichneten ohne weitere Prüfung und lediglich aus Furcht vor dem Eintreffen der im Schreiben gedrohten Trübsale, während die katholischen Unterzeichner meisthin aus Rücksicht für das Heil der römisch-katholischen Kirche unterzeichnet haben mögen. Wie dem nun sei, — immerhin wollen sich die Unterzeichneten gegen die unwahre Behauptung verwahren, als habe die Motion des Hrn. Abg. Zittel in hiesiger Gegend allgemein einen Widerwillen gegen ihren Inhalt erweckt, da vielmehr bei denen, die sie wirklich lasen und zu beurtheilen vermögen, fragliche Motion zum größten Theil sehr günstig aufgenommen wurde. —

Wir wollen uns indessen hier nicht darüber aussprechen, welchen Erfolg wir mehrerwähnter Motion wünschen möchten; wir vertrauen in dieser Sache der höhern Weisheit unserer väterlichen Regierung und der getreuen Stände; das aber wollen wir zur Steuer der Wahrheit hier aussprechen, daß der Inhalt des oben erwähnten Schreibens nicht die vorwiegende, sondern nur eine sehr geringe Zustimmung in unserer Gegend finden würde, und wir bitten den Hrn. Abg. Zittel ergebenst, dieses unser Zeugniß, so wie die bemeldete Entstehung mehrerwähnten Schreibens der hohen Kammer zu verkünden, falls Hr. Direktor Seltzam dasselbe zur Kenntniß der hohen Kammer bringen sollte, was wir jedoch von dem Geiste und Herzen unseres würdigen Hrn. Deputirten keinenfalls in der Weise erwarten dürfen, in welcher der Verfasser des Schreibens es wünschen mag.

Borberg, den 20. Januar 1846."

Dieß ist Ein Beispiel von vielen, über die Art und Weise, wie bei diesen Petitionen verfahren wird. Ich habe früher schon erklärt, daß es mir nur erwünscht sein kann, wenn die Gegner meiner Motion ihre Ansichten, und die Gründe, welche sie dafür geltend machen, hier vorbringen, damit wir dieselben prüfen und würdigen können. Allein diese Petitionen sind ganz anderer Art.

Mir kommen täglich Briefe aus vielen Gegenden zu, welche merkwürdige Aufschlüsse und Specialitäten über das Verfahren enthalten, welches angewendet wird, um solche Petitionen zu Stande zu bringen. Ich habe davon bisher noch keinen Gebrauch gemacht, weil mir — ich sage mir — daran liegt, daß die Aufregung nicht noch mehr gesteigert werde. Was hier gesprochen wird, das tönt im ganzen Lande wieder und ist ein neuer Zunder, der hinaus geworfen wird. Mit den Worten, welche der Abg. Junghanns heute gesprochen, bin ich vollkommen einverstanden, und danke ihm dafür. Allerdings war es nicht meine Absicht, irgend einer Confession entgegen zu treten; daß ich dieß gewollt hätte, ist eine Unwahrheit, die in Druckschriften unter dem Volke verbreitet worden ist. Es ist sogar ausgesprengt worden, ich wolle durch meine Motion das Christenthum stürzen. Es ist in der That erstaunlich, und man sollte es nicht für möglich halten, daß im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Jahr 1846 so etwas von Jemand noch behauptet werden könne, der auf Religionsfreiheit anträgt. Besteht denn das Christenthum durch den Zwang? Und wird es etwa fallen, wenn dieser aufhört?

In einer dieser Petitionen, ich glaube in der aus dem Bezirke Offenburg, werden der Motion „rationalistische Tendenzen" vorgeworfen. Ich möchte wohl wissen, was nur die guten Leute, welche dieß unterschrieben haben, antworten würden, wenn ich sie fragte: was sie unter „rationalistischen Tendenzen" verstehen?

Was hat man nicht Alles angewendet, um die Leute zum Unterschreiben zu bewegen! Man hat ihnen z. B. gesagt: der Großherzog wolle wissen, ob sie katholisch bleiben wollen, oder nicht. (Erstaunen. Viele Stimmen: Ja, ja, so ist es!) Glaubten sie dieß, dann hatten sie sogar recht, zu unterzeichnen. Aber man hat sie schwer getäuscht, und das ist nicht recht.

Ich finde übrigens durchaus keinen Grund, zu bereuen, daß ich meine Motion begründet habe; namentlich ist die künstlich erzeugte Aufregung kein Grund zur Reue. Gilt es die Wahrheit und das Recht, dann muß es ausgesprochen werden, erfolge, was da wolle. Ist es recht — und das ist für mich die einzige Frage — daß man den Bürgern um ihres Glaubens und ihrer Ueberzeugung willen ihre verfassungsmäßigen und bürgerlichen Rechte nicht entziehe, daß man ihnen, wie es die Verfassung will, ihre Gewissensfreiheit und die Ausübung ihres Gottesdienstes gestatte, — so will ich es sagen und fordern, mag daraus entstehen, was da will.

Ich fürchte übrigens diese Folgen nicht; ich fürchte weder Unruhen noch Religionskrieg, denn dafür ist unsere Zeit zu weit voran. Es mag im Augenblicke eine große Aufregung herrschen; lassen Sie aber einige Wochen darüber hingehen, so wird der Sturm sich legen. Strebe Jeder, der es kann und vermag, für die Beruhigung, für die Versöhnung der Gemüther zu wirken, dann wird die Aufregung ihr Ziel finden und die Frage wird diejenige Erledigung finden, die ihr dem Rechte nach gebührt.

Seltzam entgegnet: er kenne die vier Ortsvorsteher, welche der Abg. Zittel genannt habe, als Ehrenmänner; ihre Namen stehen nicht unter der Petition; sie seien mit Recht ihrer Ueberzeugung gefolgt. Unter den Bittstellern seien übrigens nicht nur Katholiken, sondern auch Protestanten, und die Eingabe sei nicht in aufregendem Tone abgefaßt, sondern ganz ruhig gehalten.

Zittel. Bei mir haben schon viele Protestanten angefragt, ob sie Petitionen zu Gunsten meiner Motion an die Kammer richten sollten. Bisher habe ich ihnen abgerathen. Jetzt, freilich, steht die Sache anders.

Buhl. Ich habe an dem Tage, an welchem der Abg. Zittel seine Motion begründete, nicht für die Unterstützung und nicht für die Bekämpfung des Antrags gesprochen, weil ich dem Gebrauch des Hauses gemäß den Vortrag meiner Ansichten auf die Verhandlung über diese Motion verschieben wollte. Auch bin ich heute nicht gemeint, auf das Nähere einzugehen; aber gedrungen fühle ich mich, der ungeheueren Aufregung halber, die über die Frage hervorgebracht wurde, von meinem Standpunkte aus, als Katholik, einige Worte zu sagen, um mein tiefstes Bedauern darüber auszudrücken, daß von heiliger Stätte die heillosesten Uebertreibungen und Verläumdungen ausgesprochen werden, wodurch unserer Kirche nur geschadet wird, weil die traurigsten Ereignisse dadurch herbeigeführt werden; dieß halte ich für ein entsetzliches Unrecht. Man hat die Leute gefragt, ob sie katholisch bleiben, ob sie ihr Kirchenvermögen an Ketzer abgeben wollen. Die katholische Kirche ist fester begründet, als daß sie durch Ausscheidung eines kleinen Bruchtheiles von Dissidenten im mindesten erschüttert werden könnte. Der kleine Bruchtheil kann zu einer bedeutenden Größe gesteigert werden, wenn in dieser Weise fortgefahren wird. Aber eingedenk dessen und ganz dem beipflichtend, was der Abg. Junghanns, dem ich herzlichen Dank dafür zolle, gesprochen hat, bin ich der Ansicht, daß die Kammer bei genauer Prüfung der angeregten Frage den geeigneten Weg auffinden werde, um dieselbe zur allgemeinen Befriedigung zu lösen.

Welcker. Ich trete vollständig der Ansicht des Abg. Junghanns bei, die er heute ausgesprochen hat. Ich halte es für ein wahres Unglück, und von Denjenigen, welche es veranlassen, für ein unverantwortliches Verschulden an Land und Fürst, wenn diese Religionsfrage zur politischen Parteisache gemacht, wenn sie als Brandfackel der religiösen Aufregung unter das Volk geschleudert wird. Ich bedaure tief, daß von demselben Sitze aus früher Worte gesprochen worden sind, wie jene: daß die Motion des Abg. Zittel nichts anderes bezwecke, als das Christenthum aufzuheben, — Worte, die natürlich eine ganz andere Wirkung als die heutigen im Lande machen mußten. Ich, meine Herren, habe mir noch nie einen geringschätzenden oder verletzenden Ausdruck gegen eine Konfession erlaubt. Ich achte das Petitionsrecht der Bürger und bin nicht geneigt, über diese Petitionen, von denen ich nur äußere Kenntniß genommen habe, ein Urtheil zu fällen; allein daß diese Sache an vielen Orten nicht so betrieben wird, wie es recht, billig und würdig ist, davon bin ich verpflichtet, der Kammer

eine Mittheilung zu machen. Ich kenne nämlich dergleichen Umtriebe nach allen Seiten hin; gestern sind mehrere Bürger bei mir gewesen aus Gemeinden, wo bereits wirkliche Mißhandlungen vorgekommen sind. Sie haben mir, bekümmert um den Frieden ihrer Gemeinden, schriftlich die Art und Weise bezeichnet, wie die Petitionen bei ihnen zu Stand gekommen sind, und haben mich gebeten, meinerseits dasjenige zu thun, was ich für nothwendig erachte, um ihren Frieden zu erhalten. Sie erzählen mit ihren Namensunterschriften: „Heute wurde von dem Pfarrer von der Kanzel verkündet (ich will keinen Namen nennen, bin aber erbötig, der Regierung auf Verlangen die Mittheilung zu machen), daß Nachmittags nach der Vesper jeder Bürger auf dem Rathhause zu erscheinen hat, wegen einer wichtigen Angelegenheit; als die Kirche aus war, verkündete es der Ortsdiener nochmals. Vor den versammelten Bürgern auf dem Rathhause hielt der Herr Pfarrer folgende Anrede: Ihr lieben Bürger, wir wollen eine Petition an den durchlauchtigsten Großherzog ergehen lassen, und ich hoffe, daß Ihr mir beistehen werdet und Euch durch Eure Unterschrift bezeichnet. Es handelt sich nämlich darum: der protestantische Abgeordnete, Dorfpfarrer Zittel und der Welcker, welche der großherzoglichen Hoheit in's Gesicht behaupteten, aber geflissentlich nur aus Bosheit, daß von allen Einwohnern Badens gewiß neun Zehntheile zur Religionsfreiheit schreiten würden, nämlich zum Rongethum; darum wollen wir uns selbst an den Großherzog wenden, und ihn bitten, damit der Zweck der beiden hergelaufenen Abgeordneten, welche nicht einmal aus unserm Lande gebürtig sind, nicht erreicht wird, denn sie wissen nicht einmal, ob sie warm oder kalt sind, ja nicht einmal, welchen Glauben sie haben. Was glaubet Ihr, Bürger, was in der Gemeinde N. (eine benachbarte Gemeinde, deren Einwohner für Rongeaner gelten) entstehen wird? diese werden bald sagen, wir nehmen die Wallfahrtskirche zu N. und den Fond für uns Rongeaner; und so würde es auch bei uns gehen, wenn wir nicht einschreiten, denn wenn die neue Kirche gebaut wird, so würden sich die Rongeaner die alte Kirche behalten und mit dem Schulhaus desgleichen, dann muß Ihnen die Gemeinde einen neukatholischen Pfarrer und Lehrer besorgen. Ich glaube, daß Einige da sind, die zur Revolution schreiten wollen, daran laßt Euch nicht stören, und versprechet mir durch Eure Unterschrift, welche an den Großherzog geschickt wird, daß Ihr katholisch bleiben und nichts vom Ronge wissen wollet. Ich sehe wirklich, wie mich Einer von der Versammlung verspottet und Andere, Gutgesinnte, abwendig macht; das hat nichts zu sagen. Die Herren Gendarmen haben sich auch durch solche aufwiegeln lassen und haben mich bei Amt verklagt, denn sie glaubten, ich würde dann zum Tode verurtheilt; allein ich fürchte mich nicht, meine Pfarrkinder stehen mir kräftig bei. Jetzt Hand an's Werk und den Brand gelöscht, so lange er im Entstehen ist! Also, ihr lieben Bürger, unterzeichnet Euch jetzt, damit diese elenden Menschen unserer heiligen katholischen Kirche nicht schaden können. Da riefen viele Bauern: ja zehnmal, Herr Pfarrer, wenn man's haben will. Hierauf begann der Bürgermeister NN.: Bürger! Höret den Herrn Pfarrer, denn Christus hat gesagt, wer mich höret, den werde ich auch hören, wer aber mich verfolget, den werde ich auch verfolgen, und laßt Euch nicht durch Andere aufwiegeln. — Diejenigen, welche dagegen etwas sagen wollten, wollte man mit Gewalt aus dem Rathhaus werfen. Hierauf begannen die Unterschriften, ungefähr 200, die Uebrigen, welche nicht mit einstimmten, entfernten sich."

Meine Herren, ich habe derlei Bestätigungen selbst aus größeren Städten erhalten, wo im Namen des Erzbischofs zwei Männer zu einer Näherin gekommen sind und gesagt haben: „der Erzbischof fordert Sie auf, zu unterschreiben, daß Sie katholisch bleiben wollen." Man hat sogar, bei dem Widerspruch einiger Väter, ihren Töchtern aufgepaßt, als sie aus dem Haus giengen, und die Petitionen von denselben unterschreiben lassen. Eine Petition ist deßhalb angefüllt mit Namen von lauter Frauenzimmern. Sehr achtbare Bürger haben sich ausgeschlossen — weil sie an solchem Treiben nicht Theil nehmen wollten. Ich will mir über das Ganze vor der Hand kein Urtheil erlauben; aber auf eine Thatsache lassen Sie mich aufmerksam machen, welche dereinst ein merkwürdiges Blatt in der Geschichte Badens füllen wird. Diese Thatsache liegt vor Ihren Augen. Unsere Verfassung sagt mit dürren Worten: „Jeder Landeseinwohner genießt der ungestörten Gewissensfreiheit und in Ansehung der Art seiner Gottesverehrung des gleichen Schutzes." Wir leben in Baden, einem der civilisirtesten Theile von Deutschland; wir genießen die Vortheile der Verfassung über ein Vierteljahrhundert, und nun kommt eine Motion, welche durchaus nichts Anderes verlangt, als was die Verfassung mit dürren Worten zugesteht. Dagegen hören wir, daß eine Reihe von Gemeinden bittet, dieser Motion keine Folge zu geben. Meine Herren, wer die Geschichte beachtet, der wird auch auf ihre Motive aufmerksam sein. Ich will diese Motive nicht anführen. Ich will der Regierung keinen Vorwurf machen; aber an Thatsachen will ich sie erinnern, die sie würdigen muß, um in einer so kritischen Zeit ihr Benehmen darnach einzurichten; denn ich bin fest überzeugt, daß diese Thatsachen von Diesem oder Jenem als Motiv angesehen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bekannt ist Ihnen, meine Herren, daß in dieser wichtigen Hauptsache der Deutsch-Katholiken die badische Regierung einen andern Weg eingeschlagen hat, als die benachbarten Staaten Würtemberg, Hessen, Sachsen und auch Preußen. Bekannt ist, daß Jesuiten an den Gränzen unseres Landes nicht blos herumwandeln, sondern in der Kammer ist vorgekommen, daß sie Versammlungen abhalten. Eben so zuverlässig ist, daß eine gewisse Partei, die schwerlich aus religiösem Eifer thätig ist, sondern aus politischen Interessen die Meinung verbreitet — nicht, daß die Regierung in dieser Sache ganz unbefangen, ohne Vorliebe und ohne Haß handle: vielmehr verbreitet sie die Meinung, man könne der Regierung keinen größeren Dienst thun, als wenn man sich gegen die Glaubensfreiheit in diesem Sinne aussprache. Sie sprechen davon, man solle Petitionen einreichen, daß man die Kammer auflöse, um eine andere, illiberale zu erhalten. Kurz, meine Herren, hier gehen unlautere Motive zu Tage; Gott verhüte, daß gegen die Regierung der Verdacht ausgesprochen werde, daß sie zu den finsteren Mächten des Fanatismus ihre Zuflucht nehme, um einen politischen Staatsstreich auszuführen. Ich glaube es nicht; aber dieses Gerücht wird absichtlich verbreitet, und ich fühle mich verpflichtet, die Regierung darauf aufmerksam zu machen. Ich bin vollständig überzeugt, daß nur von einer gewissen Partei aus, nicht aber vom gesunden Kern der Bürger, Störungen zu erwarten sind, und daß eine ruhige Diskussion das Rechte oben hin bringen wird.

Richter. Der Abg. Zittel hat schon in der 18. Sitzung als Gerücht erwähnt, daß ein aus der süddeutschen Zeitung besonders abgedrucktes Flugblatt: „die Rongerei und die badischen Landstände" in den Schulen vertheilt worden sei; er hat auf das Verderbliche aufmerksam gemacht, wenn dieses wirklich geschehen wäre.

Ja, meine Herren, dieses Gerücht hat sich in der That bestätigt, und zwar in der Schule einer Gemeinde des Bezirksamts Achern, wo der Pfarrer zugleich erzbischöflicher Dekan ist. Am letzten Freitag hielt nämlich dieser Pfarrer in der Schule Religionsunterricht; nachdem der Herr Pfarrer diesen beendigt, setzte ihn der Schullehrer fort; nachdem er das aus der süddeutschen Zeitung besonders abgedruckte Flugblatt, das zwar einen andern Titel, nämlich: Landwehr gegen den badischen Landstand, hat, dessen Inhalt aber derselbe ist, wie in dem, welches die Aufschrift: „Rongerei und die badischen Landstände" führt, theilweise verlesen und solches erklärt hatte, theilte er es in großer Menge an die Schulkinder aus.

Meine Herren, ich bringe diesen Vorfall deßhalb zur Sprache, damit die hohe Regierung Veranlassung nehmen möge, Schritte gegen dieses aufwühlerische, Zwietracht erregende Sittenverderbniß herbeiführende Treiben, durch geeignete Weisung an die Großh. Dekanate, und ebenso in Bezug auf den bezeichneten Fall (wo es sich dann auch zeigen wird, daß der Lehrer jenes giftige Flugblatt zur Vertheilung an die Schulkinder von dem dortigen Pfarrer erhalten hat), das Sachgemäße zur Verhütung anderer ähnlicher Fälle vorzukehren.

Ja, meine Herren, Leute von solchem Gelichter, welche das Christenthum im Volke lehren sollten, sind es gerade, welchen die Form mehr gilt, denn der Kern, sie wollen den Grundsatz nicht kennen, der die ganze Christuslehre durchweht, den Grundsatz nämlich — Liebe und Duldsamkeit — und solche Leute brauchen dann nur einen Philipp II. von Spanien und Herzog Alba, und morgen schon würden die Lüfte von Ketzergeruch angefüllt sein.

Bei dem gegenwärtigen Treiben der Ultramontanen fällt mir immer Das ein, was ich als junger Student von meinem damaligen Pfarrer und nachher i. J. 1833 in Mainz gestorbenen Bischof Burk gehört habe; er stellte nämlich die Frage an mich: wer wohl die Verfolger sein würden, wenn allenfalls wieder Christus in die Welt kommen sollte. Ich zögerte, den Herrn Burk wohl kennend, etwas verlegen mit der Antwort; er bemerkte dieses und sagte dann: ich sehe, daß du etwas verlegen bist, ich will es dir aber sagen: die Pfaffen würden diejenigen sein, welche ihn ans Kreuz bringen würden, wie es auch die Pfaffen gewesen sind, welche Christus unter Pilatus ans Kreuz brachten. Dieses sagte Burg kurz nach seiner Rückkehr aus Rom, wohin er den edlen Freiherrn v. Wessenberg in seiner weltbekannten Angelegenheit begleitet hatte.

Straub. Ich habe mich erhoben, um der hohen Kammer vorläufig anzuzeigen, daß nach einem Schreiben, welches ich gestern erhalten habe, auch von meinem Wahlbezirk aus eine Petition vorbereitet werde, welche gegen die Motion des Abg. Zittel gerichtet ist; ich will aber Ihnen, meine Herren, auch nicht verhehlen, auf welche Weise diese Petition zu Stande kömmt.

Die Leute werden nämlich zur Unterschrift unter folgendem Vorgeben aufgefordert:

1) gebe es größere Steuern, sobald die Deutschkatholiken anerkannt seien,

2) die Religion sei in Gefahr,

3) es gebe Unruhen und am Ende Bürgerkrieg,

4) die Regierung habe es gerne, wenn man gegen die Landstände auftrete.

Verbreitet sich durch diese Umtriebe eine solche Mei-

nung über die Absichten unserer Regierung, so kann es für sie nur von größtem Nachtheile sein; und ich fordere daher unsere Regierung auf, bestimmt zu erklären, daß sie solchen Umtriebe verabscheue, wenn sie sich nicht vor einem großen Theile des Landes compromittiren will.

Nombride erklärt die Anschuldigungen gegen das Verfahren bei den Petitionen hinsichtlich der von ihm übergebenen für unbegründet.

Trefurt Ich will durchaus keinen Tadel gegen alle diejenigen Herren aussprechen, welche uns heute auf verschiedene unlautere Wege aufmerksam gemacht haben, in welchen die Petitionen gegen die Motion des Abg. Zittel zu Stande gekommen seien. Ich zweifle gar nicht daran, daß die eine und die andere dieser Petitionen auf solchem Wege zu Stande gekommen ist, und sage mit den Abgeordneten, die da gesprochen haben, — ich verabscheue jedes unlautere Mittel, mag es einen Zweck haben, welchen es wolle. Also in dieser Beziehung unterschreibe ich, was die Herren gesprochen haben; es sind aber auch sowohl von dem Abg. Peter, als zuletzt von dem Abg. Welcker so allgemeine Mißbilligungen, allgemeine Verdächtigungen der eingekommenen Petitionen hingeworfen worden — und ich sage — das soll nicht sein. Ich bin in wesentlichen Punkten vollkommen der Ansicht des Abg. Zittel, welche er in seiner Motion ausgeführt hat, — in wesentlichen Punkten sage ich, dessenungeachtet kann ich aber nicht einstimmen, wenn man sagt, alle diese Petitionen sind die Frucht eines künstlich erregten Fanatismus. Nein, meine Herren, das ist nicht der Fall, und ich sage, wer nur irgend mit der Natur des religiösen Lebens, wer nur irgend mit der Geschichte bekannt ist, weiß ja, daß religiöse Spaltungen, sie mögen auftauchen, wo sie immer wollen, immer auch den Fanatismus im Gefolge haben. Es ist dieß zu beklagen, und ich beklage es auch; allein es ist unvermeidlich. Ich setze aber den Fanatismus, der sich da bisher entwickelt hat und sich — ich sehe es leider kommen — noch ferner entwickeln wird, nicht auf Rechnung des Abg. Zittel und seiner Motion, nicht auf Rechnung derer, welche — und, ich glaube, in ihrem guten Recht und in der besten Meinung — dieser Motion entgegentreten. Ich setze ihn auf Rechnung der religiösen Bewegung, der Spaltung, die da eben eingetreten ist, und die ich, wie ich auch immer denken mag, vorläufig für ein großes Unglück der deutschen Nation ansehe. (Stimmen: O nein! — ja wohl!) Ich sage mit dem Abg. Junghanns und mit anderen Abgeordneten, die in seinem Sinne gesprochen haben: Hüten wir uns, durch unsere Verhandlungen noch mehr Brennstoff in das schon aufschlagende Feuer zu gießen. Hüten wir uns, den Fanatismus in irgend einer Richtung zu verstärken; mißbilligen wir jedes unlautere Mittel, welches auf der einen oder der andern Seite gebraucht werden könnte; allein hüten wir uns auch, ungerecht gegen Diejenigen zu sein, welche in Petitionen dieser Motion entgegentreten. Sie können wirklich, in der Motion vielleicht weniger als in der ganzen religiösen Richtung, eine Bedrohung ihrer heiligsten Interessen finden. Sie können sie mit der besten, achtungswürdigsten Ueberzeugung darin finden — sie sind darum doch nicht tadelnswerth. Der Abg. Peter selbst hat uns einen Prospekt vorgehalten. Er selbst fürchtet Unruhen und die größten Betrübnisse, die über das Land hereinbrechen könnten; er will sie aber der sogenannten künstlich erregten Reaktion gegen die Motion zuschreiben. Dieß ist eine entsetzliche Kurzsichtigkeit, wenn man das befürchtet und dennoch denen, die da petitioniren, zum abscheulichen Vorwurf machen will, daß auch sie dergleichen befürchten. Ich sage, es liegt im Reich der Möglichkeit, daß diese religiösen Spaltungen die schwersten Folgen haben; allein nicht der Abg. Zittel hat sie zu verantworten, auch nicht die, welche seiner Motion entgegentreten. Ich sage es nochmals, geben Sie von hier aus dem Fanatismus keine Nahrung!

Gottschalk. Ganz bin ich damit einverstanden, daß wir in dieser hochwichtigen Sache sehr behutsam sein müssen. Da solche viele unserer Nebenmenschen aufzuregen scheint, so müssen wir unsere Worte nicht nur abwägen, sondern wir müssen im Allgemeinen in der christlichen Liebe thätig sein; hiezu gehört aber auch, daß wir den betreffenden Petitionen ganz freien Lauf lassen. Als Abgeordneter eines rein katholischen Bezirks verlange ich das unverkümmerte Petitionsrecht, und wünsche nicht, daß die Polizei störend in den Weg trete — was ich auch in allen politischen Sachen für das Beste halte! Lasse man die Leute nur stets machen, dann werden auch Diejenigen, welche im ersten Augenblicke ohne eigenes Urtheil zu Petitionen mitwirkten, am Besten belehrt, ob sie aus edlen Absichten geführt worden sind. Die gegenwärtige auffallende Bewegung scheint mir größtentheils aus dem Mißverständniß herzurühren, weil die guten Leute glauben, man gehe darauf aus, einer oder der andern Kirche von ihren Glaubensgenossen eine Anzahl abtrünnig zu machen, um solche einer anderen Religionssecte zuzuführen. — Dem ist aber gar nicht so; denn nachdem ich mich gewiß auch nach der Denkungsart meiner Herren Collegen umgesehen habe, bin ich lebhaft überzeugt, daß nicht Einer unter uns ist, der die Anhänger der katholischen Kirche zum Uebertritt zu einer anderen verleiten möchte. Die ganze Tendenz geht ja nur dahin, jenen Nebenmenschen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

welche den Drang in sich fühlen, ihr religiöses Bedürfniß in anderen Formen zu befriedigen, die Religionsfreiheit und ihre bürgerlichen Rechte zu schützen. Erstere ist ihnen schon durch unsere Grundgesetze garantirt, und die letzteren genießen die sogenannten Deutschkatholiken, da sie ja Christen sind, auch jetzt schon; darum kann ich nicht begreifen, daß man nicht in Ruhe und christlichem Frieden und Duldsamkeit über diese Angelegenheit wegkommen sollte. — Werden die Leute anders belehrt, wie es unlängst über meine eigene Person geschehen sein soll, so möchte ich solchen nur rathen, ihren Rathgebern fest in die Augen zu schauen, ob Wahrheit und ächt christliche Liebe aus ihnen spricht; bin ich doch überzeugt, daß nur diese bestehen kann!

Staatsminister v. Dusch. Die Versöhnung ist von der Regierung schon oft in diesem Saale gepredigt worden; aber es war eine Stimme in der Wüste. Meine Herren! wenn die ehrenwerthen Redner bestimmte Meldungen über unordentliche, ungesetzliche Vorgänge in dieser hochwichtigen Sache haben, so werden sie die Regierung sehr verbinden, wenn sie ihr ganz bestimmte Mittheilungen darüber machen; denn die Regierung wird von dem Weg der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nicht abweichen. Der Herr Abg. Welcker hat mit Recht vor den dunkeln Mächten des religiösen Fanatismus gewarnt. Es gibt aber auch noch einen andern Fanatismus, den politischen — vor diesen dunkeln Mächten möchte ich auch warnen, beide gehen sehr oft Hand in Hand.

Bassermann: Das hat Preußen erfahren.

Der Präsident gestattet noch dem Abg. v. Soiron das Wort, mit dem Bemerken, daß damit die Discussion geschlossen werden soll.

v. Soiron. Man hat von Aufregung und von den Mitteln der Aufregung gesprochen. Ich glaube, daß es bei politischen und andern Agitationen stets auch unlautere Mittel geben wird, denn so rein auch die Absicht derer sein mag, die sich an die Spitze einer Agitation stellen, so werden sich immer in den unteren Schichten auch solche Leute anschließen, die keinen Augenblick sich scheuen, zu unlauteren Mitteln zu greifen. Man müßte die ganze Menschheit nicht kennen, wenn man dieß läugnen wollte. Darum wird es hauptsächlich bei jeder Partei, welche sich an die Spitze einer Agitation stellt, nothwendig sein, zu überlegen, welche Folgen die Agitation haben kann; denn jede Partei, die eine Agitation veranlaßt, aber auch jede Regierung, die ihr ruhig zusieht, ist verantwortlich für die Folgen. (Weizel und Regenauer: Sehr gut!) Es ist wahr, daß in dem Volke keine Agitation von Seiten derjenigen Partei, welche die Zittel'sche Motion vorzugsweise bevorwortet hat, erregt wurde; Sie haben nichts davon im Lande gehört, daß eine Agitation vorhanden ist, um Petitionen zu Gunsten jener Motion zu Stande zu bringen.

Regenauer. Es sind auch einige gekommen, aber sehr dünn gesäet.

v. Soiron. Ich sage, Sie werden nichts davon erfahren, daß man versucht hat, sie zu Stande zu bringen; dagegen können wir täglich wahrnehmen, daß von einer andern Seite in dieser Beziehung große Anstrengungen gemacht werden. Es ist natürlich, daß die Regierung, auch ohne daß wir sie darauf aufmerksam machen, sich von überall her wird Bericht erstatten lassen, und dafür sorgen wird, daß in dieser Agitation nicht zu weit gegangen werde, weil sie nicht blos ihre Folgen in Beziehung auf die vorliegende Frage hat, sondern noch weit wichtigere in Beziehung auf den allgemeinen Frieden. Ich möchte deßhalb der Regierung einen Vorschlag machen. Der Abg. Schaaff hat uns neulich gesagt, es bestehe eine Verordnung, nach welcher in politischen Blättern über religiöse Gegenstände nicht gesprochen werden soll. Ich glaube, daß diese Verordnung im Augenblick ein Unglück ist. Könnte man über die religiösen Angelegenheiten in allen politischen Blättern sprechen, könnte man in allen Tagsblättern die Wahrheit predigen — es würde alsbald die irrige Meinung von der Absicht der Motion schwinden, welche nur dadurch bedingt wird, daß die Leute die Wahrheit nicht erfahren.

Staatsminister v. Dusch. Um die Wahrheit zu predigen, muß man erst die Wahrheit haben.

Dem Abg. Hecker wird, wegen schwerer Krankheit seines Kindes, ein achttägiger Urlaub ertheilt.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Diskussion des von dem Abg. Weller erstatteten Berichtes über die Nachweisungen der Post- und Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, so wie der Badeanstalten für die Jahre 1842 und 1843.

I. Postverwaltung. Die Einnahmen haben 2,222,264 fl., die Ausgaben 1,732,366 fl. betragen; der Reinertrag beläuft sich sonach auf 489,898 fl. Im Budget war derselbe zu 531,088 fl. angenommen, es sind somit 41,190 fl. weniger übrig geblieben. Die Einnahmen waren zwar 10,792 fl. höher als der Voranschlag, aber es wurden auch 51,982 fl. mehr ausgegeben, als vorgesehen war.

Die Regierung hat diesmal dem wiederholten Wunsche der Kammer entsprochen, und eine Entzifferung der Einnahmen und Ausgaben der Briefpost und der Fahrpost getrennt vorgelegt. Das Ergebniß, wonach der Personentransport nicht allein nichts einträgt, sondern den ganzen Ertrag des Paketransports und noch einen großen Theil des Ertrags der Briefpost verschlingt, — stellt der Bericht dar, wie folgt:

Während in den Jahren 1842 und 1843 von der Gesammteinnahme der Posten mit 2,202,439 fl. der Brutto-

ertrag der Briefpost ist . .	1,225,254 fl.	
erträgt jener der Fahrpost nur		977,186 fl.
während die Ausgabe der Postämter für erstere nur betragen	623,180 „	
sind jene der letzteren dagegen		965,474 „
Es verbleibt daher nach Bestreitung der Ausgaben der Postämter von der Briefpost übrig rein	602,074 fl.	
von der Fahrpost dagegen erübrigen die Postämter nur		11,712 fl.
Summe des Reinertrags der Postämter	613,786 fl.	

Von dieser Summe müssen jedoch wieder die Ausgaben der Generalpostkasse für beide Jahre mit 140,256 fl. gemeinschaftlich bestritten werden, wodurch der Reinertrag der Brief- und Fahrpost sich auf 473,530 fl. mindert; in den Nachweisungen erscheint mit den Einnahmen der Generalpostkasse die Summe von 493,353 fl. 43 kr. Erwägt man nun, daß die von der Generalpostkasse verausgabten Besoldungen mit 62,160 fl. wiederum ungefähr mit einem Drittheile auf den Eilenwagendienst zu repartiren sind, daß die weiteren Hauptausgaben „Postillonsmonturen" mit 24,268 fl., „Anschaffung neuer Postwagen" mit 30,000 fl. diesem Dienst fast ganz anheimfallen, und daß im außerordentlichen Budget hiefür, vor noch weniger Zeit, ganz bedeutende Summen verausgabt wurden, so wird der Schluß gerechtfertigt und erwiesen erscheinen, daß der Eilwagendienst dem Staate in dieser Budgetperiode nicht allein nichts ertrug, sondern daß solcher den ganzen Reinertrag des Pakettransports und noch gegen 100,000 fl. des Reinertrags der Briefpost absorbirte. Es erregt ein trauriges Gefühl, zu sehen, wie die Eilwagen wegen ihrer übertrieben hohen Fahrtaxen fast leer dahin fahren, und mit ihrem Luxus fast nur ein Monopol der reicheren Stände bilden, und wie selbst der Reinertrag des gleichfalls bei uns noch übertrieben hohen Briefportos der Staatskasse hiedurch entzogen, den Staatsbürgern also eine schwere Last auferlegt wird, um den Ausfall des Eilwagendienstes zu decken. Dieses Resultat stellt sich nur dadurch günstiger dar, daß man hiebei noch erwägen muß, daß die Fahrpost gegenwärtig alle Pakete, die für den Dienst des Staates versendet werden, unentgeldlich befördert; würde man hiefür eine Taxe berechnen, so würde sich der Ausfall jedenfalls decken, da ihre Zahl sehr bedeutend sein soll. Wir werden im Budgetberichte hierauf zurückkommen.

Durch die Ausdehnung der Eisenbahn und die Concurrenz der Dampfschifffahrt wird der Ausfall der Fahrpost noch bedeutender werden; die Commission spricht hiernach wiederholt den Wunsch aus, daß auf den Routen, wo eine Privatconcurrenz mit dem Eilwagen sich darbietet, dieser Privatindustrie nicht hemmend entgegengetreten, sondern solche vielmehr, insbesondere auch durch die Gestattung des Pferdewechsels, befördert werde. Die Commission stellt daher den Antrag: in einer Adresse Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog einen Wunsch in diesem Sinne vorzulegen.

Der Angabe, daß auch die Minderung des Porto für Fahrpoststücke seit 1. Januar 1842 zu dem Ausfalle beigetragen habe, setzt der Bericht folgende Bemerkung entgegen: Im Jahre 1840 betrug die Bruttoeinnahme der Hauptpackwagenkurse 119,765 fl., im Jahre 1842 nach der Minderung des Tarifs zwar nur 110,251 fl., dagegen in den 4 Quartalien vom 1. April 1844 und 1845 schon wieder 131,737 fl. Ein Beleg des Satzes, daß eine zeitgemäße Herabsetzung des Posttarifs zwar augenblicklich einigen Ausfall zeigt, daß solcher sich jedoch durch größere Belebung des Verkehrs nicht nur bald wieder ausgleicht, sondern sogar den früheren Betrag übersteigt, wie auch das Beispiel von England, Oesterreich, Würtemberg, Preußen und Baiern zeigt, wo die Herabsetzung des Tarifs bereits die glänzendsten Resultate liefert, so daß hierdurch das Interesse des Publikums und der Staatskasse gleichmäßig befördert wird. Wir behalten uns die Begründung des Antrags auf Herabsetzung des Tarifs des Eilwagens, der Packete und des Briefporto's für das Budget ausdrücklich vor.

Nachdem die Diskussion eröffnet worden, bemerkt

Staatsminister v. Dusch. Die Frage wegen Herabsetzung der Fahrtaxe für die Eilwagen unterliege der Berathung des Ministeriums und an einer befriedigenden Entscheidung sei nicht zu zweifeln. Der Wunsch, der Privatindustrie nicht entgegen zu treten, werde in sorgfältige Erwägung gezogen werden.

Welcker ist erfreut über die Hoffnung, daß diese beiden Wünsche, die er seit vielen Jahren jeweils in der Kammer vorgetragen, ihrer Erfüllung entgegen gehen.

Brentano bemerkt, daß Privatleute, welche mit den Posthaltern bei Omnibusunternehmungen an den Stationsplätzen der Eisenbahn konkurriren, gegen diese benachtheiligt werden. Es sei schon nicht recht, daß die Postillone, wenn sie in dem Privatdienste des Posthalters fahren, die Montur tragen. Noch weniger, daß die Omnibus der Post immer den besten Platz einnehmen. In Langenbrücken dränge sich der Omnibus des Posthalters sogar in den engen Raum innerhalb des Gitters, so daß die Leute beim Ein- und Ausgehen sich kaum durchdrängen können.

Oberpostdirector v. Mollenbec. Die Posthalter sind von der Administration veranlaßt worden, mit Omnibus zu fahren; daher ist es in der Ordnung, daß der Postillon die Montur trägt. Da dieser Omnibus die Poststücke besorgt, so muß er zunächst an der Thüre stehen. In Langenbrücken haben sich die Konkurrenten schon geprügelt; deshalb mußte man den Postomnibus in den Raum innerhalb des Gitters fahren lassen.

v. Itzstein. Wozu stehen die Gendarmen an den Stationsplätzen, wenn sie nicht einmal solche Revolutionen verhindern?

Oberpostdirector v. Mollenbec. Die Administration braucht keine Gendarmen und hat noch keine requirirt.

Trefurt. So weit sollte man die Specialität bei den Nachweisungen nicht treiben. Die Adresse wegen Begünstigung der Privatindustrie scheint dem Redner nicht hinlänglich motivirt, was er weiter ausführt.

Gottschalk glaubt ebenfalls, daß man jetzt, wo das Postwesen einer Umgestaltung entgegengeht, von dem Antrag Umgang nehmen sollte. Die Gegenden, wo sich ein

Privatunternehmen nicht lohnt, bedürfen eines geregelten Postdienstes, wenn auch mit Opfern der Staatskasse.

Baum. Ich glaubte, der Abg. Brentano habe im Allgemeinen und nicht von Langenbrücken allein gesprochen; denn auch in dem Bahnhofe in Dinglingen kommt jene Bevorzugung vor, was um so auffallender ist, als die beiden Omnibus dem Posthalter in Dinglingen und dem Posthalter in Lahr gehören. Will Jemand mit dem Letztern nach Lahr fahren und er hat Gepäck bei sich, so ist er in großer Verlegenheit, wie er dieß Gepäck aus dem Bahnhofe herausbringt, da der Omnibusführer des Posthalters von Lahr nicht in den Bahnhof hinein darf. Ich wollte aber der Oberpostdirection einen andern Wunsch hinsichtlich der Briefpost an's Herz legen. Bisher habe ich oft gehört, daß die Briefpost seit der Zeit, wo sie durch die Eisenbahn befördert wird, langsamer expedirt wird, als früher. Ich konnte dieß nicht recht glauben, habe aber an mir selbst kürzlich die Erfahrung gemacht. Ich gab zugleich zwei Briefe auf die Post, welche mit dem ersten Bahnzuge in's Oberland abgiengen. Der Eine kam richtig an demselben Vormittage an den Adressaten in Emmendingen, der Andere wurde aber erst am nächsten Tage in Freiburg ausgetheilt. Es wäre daher zweierlei äußerst wünschenswerth, nämlich 1) eine Veröffentlichung aller Briefpostcurse, so daß jeder Staatsangehörige bestimmt weiß, wann er einen Brief aufzugeben hat, um ihn zu der Zeit, die er wünscht, bestellt zu sehen. 2) Sollte der Posthalter, wenn er den Brief stempelt, den Eisenbahnzug, mit welchem derselbe abgeht, etwa mit I, II. ꝛc., ebenfalls daraufstempeln und der Posthalter, welcher denselben an den Adressaten zu bestellen hat, die Ankunft darauf anzeigen müssen, um die Quelle einer etwaigen Verspätung sogleich erkennen zu können.

Oberpost-Direktor v. Mollenbec. Die Zurücksetzung des Postomnibus von Lahr wäre unrecht. Das öftere Stempeln der Briefe würde Verzögerungen und Reklamationen in Menge zur Folge haben. Es ist richtig, daß Verspätungen bei Briefen vorkommen. Früher gingen die Hauptpostkurse bei Nacht; die Eisenbahn fährt aber nur bei Tage. Die Administration thut, was in ihren Kräften steht, um dem Briefpostdienste seine frühere Regelmäßigkeit wieder zu verschaffen. Das Publikum möge nur noch etwas Geduld haben; die Sache werde bald in Ordnung kommen.

Brentano wünscht, daß für die Expedition der Post in Bruchsal nicht nur auf dem ziemlich weit entlegenen Bahnhofe, sondern auch in der Stadt ein Bureau eingerichtet werden möge.

Schmidt unterstützt diesen Wunsch und bemerkt, daß die Stadt schon einige Vorstellungen deßhalb eingereicht habe; bis jetzt aber ohne Erfolg

Ministerialassessor v. Böckh entgegnet, daß durch die Einrichtung von zwei Expeditionen die Kosten bedeutend vermehrt werden würden. Wenn sich ein Bürger in der Stadt zur Uebernahme der Expedition verstehen wollte, so könnte geholfen werden.

Schmidt. Es wird sich ein Bürger finden.

Buhl. Die Aeußerung des Hrn. Regierungscommissärs wird auch noch an andern Orten Anklang finden. Die Bemerkung des Abg. Baum wegen des Stempelns der Nummern des Bahnzuges auf die Briefe ist zweckmäßig und wird bei näherer Erwägung nicht so schwierig erscheinen. Bezüglich auf die Eilwagen würde es angemessen sein, für jede einzelne Route auszumitteln, wie viel sie einträgt oder kostet. Dann hätte man einen Anhaltspunkt, um die Einrichtung darnach zu bemessen und zu verbessern.

Löffler wünscht, daß ein Filialbureau in Offenburg errichtet werden möchte.

Lichtenauer unterstützt diesen Wunsch und bemerkt, daß das Handelsgremium in Offenburg eine Bitte darauf gestellt habe.

An der weiteren Diskussion nehmen Theil: die Herren Regierungskommissäre und die Abgeordneten Zittel, welcher über Verzögerung der Briefe und Zeitungen, die auf das Land gehen, klagt und auffallende Beispiele erzählt; Bleidorn, welcher der Regierung die Verbesserung des Amtsboteuwesens an das Herz legt; v. Itzstein, welcher ankündigt, daß bei dem Budget die Ermäßigung des Briefporto zur Sprache kommen werde, welches besonders für Briefe nach Preußen sehr hoch und besonders für Diejenigen empfindlich sei, die nicht in dieses Land reisen dürfen; sodann noch Welcker, Buhl, Richter, Helbing, Schaaff, Seltzam, Krämer, Reichenbach und der Berichterstatter (Weller).

Der Antrag auf eine Adresse wird verworfen.

Bei den Ausgaben erscheint zunächst bei den Postämtern eine Ueberschreitung der Besoldungen um 1,906 fl. 29 kr., daher rührend, daß gegen den Beschluß der Kammer ein Staatsdiener angestellt, ein zweiter aber von der Eisenbahn herübergenommen wurde. Nach dem Grundsatze, welcher in dem Berichte des Abg. Hecker über die Nachweisungen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ausgeführt wurde, stellt die Commission den Antrag: die Ueberschreitung von 1,906 fl. 29 kr. für nicht gerechtfertigt zu erklären.

Bei der Oberpostdirection fand im Jahre 1843 eine Ueberschreitung von 459 fl. statt, weil neben der Anstellung eines technischen Referenten für die Eisenbahn, der im Budget nicht vorgesehen war, aus den Ersparnissen an den budgetmäßigen Besoldungen Remunerationen vertheilt wurden. Die Mehrheit der Commission begnügt sich, ihren Tadel darüber auszusprechen.

Ueber den Antrag, die Ueberschreitung von 1,906 fl. 29 kr. nicht anzuerkennen, entsteht eine sehr lange, unerquickliche Diskussion. Gegen den Antrag sprechen die Herren Regierungskommissäre und die Abg. Jörger, Schmidt, Junghanns, Vogelmann, Trefurt, Knittel. Der Antrag wird von den Abg. Bassermann und Weller vertheidigt und von der Kammer mit 27 gegen 26 Stimmen angenommen, beziehungsweise der Antrag des Abg. Jörger, die Ueberschreitung für gerechtfertigt zu erklären, verworfen Im Uebrigen werden die Einnahmen und Ausgaben der Postverwaltung für die Jahre 1842 und 1843 anerkannt.

Schluß der Sitzung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg